



rentenbank

Antrag auf Verlängerung des Bewilligungszeitraums und Übertragung der bewilligten Mittel im Investitions- und Zukunftsprogramm für die Landwirtschaft

– einzureichen per Fax an: 069 / 2107 6444
oder per Post an: Rentenbank / Postfach 10 14 45 / 60014 Frankfurt a.M. –

Bitte Daten elektronisch ausfüllen; nicht handschriftlich (außer Unterschriften)

Betreffend den Förderantrag

Name des Zuwendungsempfängers:	
Geschäftsnummer lt. Zuwendungsbescheid:	

Fördergegenstand (vollst. Bezeichnung mit LR-ID gem. Ausgabenplan des Bescheids)

*Eine Verlängerung des Bewilligungszeitraums und eine damit verbundene Übertragung der bewilligten Mittel ins folgende Haushaltsjahr ist nur in Ausnahmefällen bei nachweislichen Lieferschwierigkeiten möglich. Als Nachweis ist diesem Antrag als Anlage eine **Bestätigung des Anbieters** (Händler / Hersteller) beizufügen, dass der bewilligte Fördergegenstand nicht fristgerecht lieferbar ist. Aus der Bestätigung muss der bewilligte Fördergegenstand sowie der tatsächliche individuelle Liefertermin (Monat, Jahr) des Zuwendungsempfängers ersichtlich sein. Bei **Baumaßnahmen** ist es ausreichend, wenn eine ausführliche Begründung (ggf. in einem Beiblatt) vorgelegt wird, warum die Fertigstellung nicht fristgerecht erfolgen kann.*

Wir weisen darauf hin, dass unzureichende Begründungen und fehlende Nachweise zu einer Ablehnung Ihres Antrags führen.

Begründung (verpflichtend):

Hiermit beantrage/n ich/wir die Verlängerung des Bewilligungszeitraumes bis zum 31. Oktober des folgenden Haushaltsjahres und die Übertragung der bewilligten Mittel auf das folgende Haushaltsjahr. Mir/Uns ist bekannt, dass eine über diesen Zeitraum hinausgehende weitere Verlängerung grundsätzlich nicht möglich ist.

Haupttätigkeit:

Bezüglich Ihres vorstehend bezeichneten Übertragungsantrags bitten wir Sie um folgende ergänzende Angabe: Stellt die Tätigkeit, für die der Zuschuss beantragt und zugesagt wurde, Ihre Haupttätigkeit dar?

Ja Nein

Ihre Antwort auf diese Frage hat keine Auswirkungen auf die weitere Bearbeitung Ihres Antrags.

Hintergrund dieser Abfrage ist die aufgrund der Mitteilungsverordnung bestehende Verpflichtung der Rentenbank, Zahlungen an Zahlungsempfänger, die nicht im Rahmen einer land- und forstwirtschaftlichen, gewerblichen oder freiberuflichen Haupttätigkeit gehandelt haben, dem zuständigen Finanzamt mitzuteilen. Diese Mitteilungspflicht betrifft insbesondere Zahlungen, die an Nichtunternehmer (bzw. an Unternehmer, die nicht im Rahmen ihres Unternehmens handeln) geleistet werden, sowie Zahlungen für ehrenamtliche und nebenberufliche Tätigkeiten. Die Rentenbank ist zur Mitteilung auch solcher Zahlungen gesetzlich verpflichtet, wenn zweifelhaft ist, ob der Zahlungsempfänger im Rahmen der Haupttätigkeit gehandelt hat oder die Zahlung auf das Geschäftskonto erfolgt. Der Gesetzgeber will mit dieser Mitteilungspflicht sicherstellen, dass auch Zahlungen im nichtunternehmerischen Bereich steuerlich erfasst werden (siehe dazu das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen zur Anwendung der Mitteilungsverordnung vom 2.6.2022, DOK 2022/0339748). Wir bitten um Verständnis, dass die Rentenbank Ihnen keine Auskunft dazu erteilen kann, ob Sie den Antrag im Rahmen einer Haupttätigkeit stellen und die Voraussetzungen der Mitteilungspflicht in Ihrem Fall erfüllt sind. Bitte wenden Sie sich im Zweifel an Ihre:n Steuerberater:in.

Datum, Unterschrift des Zuwendungsempfängers